

## Überarbeitung der Trinkwasserrichtlinie

Im Februar 2018 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Neufassung der Trinkwasserrichtlinie angenommen. Der Vorschlag beinhaltet eine Aktualisierung der Wasserqualitätsnormen und zielt darauf ab, den Zugang zu Trinkwasser für alle zu verbessern. Bei der Oktober-II-Plenartagung soll das Parlament über den Bericht des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) und über die Aufnahme interinstitutioneller (Trilog)Verhandlungen abstimmen.

### Hintergrund

In der Trinkwasserrichtlinie aus dem Jahr 1998 sind Qualitätsnormen für Wasser für den menschlichen Gebrauch festgelegt, um die menschliche Gesundheit vor Wasserverunreinigung zu schützen. Im Allgemeinen ist die Richtlinie von den Mitgliedstaaten relativ gut umgesetzt worden. Aus einem [Bericht](#) der Europäischen Umweltagentur aus dem Jahr 2016 geht hervor, dass bei mehr als 98,5 % der Tests und Analysen von Trinkwasserproben die EU-Normen eingehalten wurden. Der Vorschlag der Kommission trägt der allerersten erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative, [Right2Water](#) (Recht auf Wasser), Rechnung, in deren Rahmen über 1,8 Millionen Unterschriften gesammelt wurden, und basiert auf einer Eignungsprüfung, aus der hervorging, dass die 20 Jahre alte Richtlinie zwar ihrem Zweck genügt, jedoch einer Aktualisierung bedarf.

### Vorschlag der Kommission

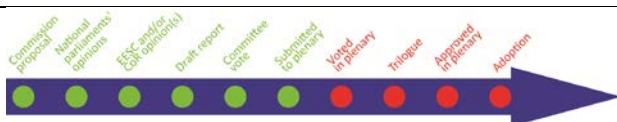
Der [Vorschlag](#) zielt darauf ab, die Qualitätsnormen für Trinkwasser mit aktuellen wissenschaftlichen Daten in Einklang zu bringen und den Rechtsrahmen anzupassen, um neuen Herausforderungen wie dem Übergang zur Kreislaufwirtschaft gerecht zu werden. Hauptelemente des Vorschlags sind eine Aktualisierung der Wasserqualitätsnormen, die Hinzufügung neuer und neu auftretender Substanzen auf die Liste der Kriterien für Wassersicherheit, die Einführung eines risikobasierten Ansatzes für die Überwachung des Wassers und die Harmonisierung der Normen für Produkte, die mit Trinkwasser in Berührung kommen. Durch eine bessere Information der Bürger über die Qualität des Trinkwassers in ihrem Gebiet sollen Haushalte und Restaurants dazu angehalten werden, Leitungswasser statt Flaschenwasser zu verwenden, wodurch weniger Plastikmüll anfallen würde. Die Mitgliedstaaten sollen verpflichtet werden, den Zugang zu Trinkwasser für alle Menschen zu verbessern, insbesondere jedoch für schutzbedürftige und ausgegrenzte Gruppen, die derzeit Schwierigkeiten im Hinblick auf den Zugang zu Trinkwasser haben. Dazu würde auch die Einrichtung von Anlagen für den Zugang zu Trinkwasser im öffentlichen Raum gehören.

### Standpunkt des Europäischen Parlaments

Der ENVI-Ausschuss hat seinen [Bericht](#) am 10. September 2018 mit 30 Stimmen bei 13 Gegenstimmen und 19 Enthaltungen angenommen. Der Ausschuss teilt die Ansicht, dass mit der Richtlinie der allgemeine Zugang zu sauberem Wasser für alle in der Europäischen Union gefördert werden sollte. In den Anforderungen der Richtlinie sollten jedoch die nationale Situation und die Bedingungen für die Wasserversorger in den Mitgliedstaaten berücksichtigt werden. Der Ausschuss ist der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten die Bereitstellung von Leitungswasser in Restaurants, entweder kostenlos (wie von der Kommission vorgeschlagen) oder gegen eine geringe Servicegebühr, fördern sollten. Im Allgemeinen hat der Ausschuss die meisten der von der Kommission festgelegten Parameter, die in einigen Fällen strenger sind als von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlen, beibehalten. Statt gemäß dem Vorsorgeprinzip Werte für neue Parameter wie Stoffe mit endokriner Wirkung und Mikroplastik festzulegen, schlägt der Ausschuss vor, diese auf eine Liste der unter Beobachtung stehenden Stoffe („watch list“) zu setzen. In dem Bericht wird die Einführung europäischer Mindesthygienestandards für Materialien, die mit Trinkwasser in Berührung kommen, befürwortet. Bis Ende 2022 sollen die Mitgliedstaaten nationale Zielvorgaben für die Reduzierung von Wasserleckagen bei Versorgungsunternehmen verabschieden.

Eine Abstimmung über die Aufnahme interinstitutioneller Verhandlungen ist für die Oktober-II-Plenartagung geplant.

Bericht für die erste Lesung: [2017/0332\(COD\)](#);  
federführender Ausschuss: ENVI; Berichtersteller:  
Michel Dantin, (PPE, Frankreich). Weitere  
Informationen finden Sie im [Briefing des  
Wissenschaftlichen Dienstes zu laufenden  
Rechtsetzungsverfahren der EU](#).



Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt ausschließlich bei dessen Verfasser/n. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments. Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird. © Europäische Union, 2018.

